

Der Eber

Bürgerzeitung der Eberner SPD

Ebern, im Dezember 2010

1/2010

Viechereien in Ebern! Nein, da geht es nicht um Wildsäue – um die kümmern sich die Jäger. Da ist der **Rote Eber** ab und zu ganz froh, dass er Artenschutz genießt, so, wie den Schwarzkitteln hinterhergestellt wird.

Nein, es geht um ein paar Zwergkaninchen, die ihre Unterkunft neben einem Wohnhaus haben. Diese Kaninchen stören angeblich. Nicht, weil sie so viel Lärm machen würden (Kaninchen sind ganz leise Tiere) oder weil sie wild mümmelnd durch die Nachbargärten marodieren würden (sie wohnen im Stall), sondern weil sie da sind. Den Nachbarn stinkt's, buchstäblich.

Nun hat der Stadtrat seinerzeit, als das Wohngebiet geplant wurde, beschlossen, dass es dort keine Nebenanlagen für die Tierhaltung geben soll. Das erweist sich aber nach neuester Rechtslage als unpraktisch. Denn dann, sagt die Verwaltung, wäre auch jeder Hundezwinger verboten, denn alles, was auf dem Grundstück fest mit dem Boden verbunden und kein Wohnhaus ist, ist eine Nebenanlage. Schönes Beamtendeutsch, findet der **Rote Eber**. Der Stadtrat hat dieses Verbot nun aufgehoben und damit auch die Wohnstatt der Rassekaninchen auf eine Rechtsgrundlage gestellt. (Auch der **Rote Eber** beherrscht Beamtendeutsch, wie man sieht.) Nun ist der Ärger da, auch, weil der Schwiegervater der Kaninchenzüchterin Mitglied des Stadtrats ist.

Ob die Anzahl der Kaninchen wirklich unzumutbar ist, werden am Ende wohl Gerichte entscheiden. Aber so oder so ist das Klima im Wohngebiet vergiftet. Und das ist schade, findet der **Rote Eber**.

Ebern ist, was wir draus machen!

Von Stadtrat Jürgen Hennemann

Eine kleine Stadt, idyllisch in den Haßbergen gelegen, mit guter Verkehrsanbindung, allen Schulen, einem guten Arbeitsplatzangebot, einer engagierten Geschäftswelt und freundlichen, weltoffenen Einwohnern: Das ist Ebern, wohlwollend beschrieben.

Kritisch betrachtet gibt es weder ein Kino noch eine ausgewiesene Kulturstätte. Die Auswahl an Geschäften ist beschränkt, ebenso die Freizeitmöglichkeiten. Wer hier von Berufs wegen herkommt, zieht lieber nach Bamberg und pendelt. Was hat Ebern schon zu bieten?

Zum Beispiel die Vereine, Organisationen und Privatleute, die hier fürs Kulturleben sorgen. Sie organisieren (meist ehrenamtlich!) Autorenlesungen, ein Heimatmuseum, Konzerte, Ausstellungen und Feste aller Art.

Es sind Ehrenamtliche, die in Ebern schwer was losmachen. Sie tun es, weil sie der Meinung sind, dass es gebraucht wird. Eins der schönsten Beispiele ist der Glühweintreff in der Adventszeit (Foto): Ursprünglich eine Initiative der Mitarbeiter der Stadtverwaltung, ist es inzwischen für mehrere Vereine Ehrensache, den Verkauf an einem oder mehreren Abenden zu übernehmen, kostenlos und für den guten Zweck.

Wenn dann ein Bürger anbietet, eine wei-



tere Unterstellhütte zu bauen und dafür die Maschinen im Bauhof nutzen möchte, dann muss man ihn auch machen lassen. In Ebern geschah das Gegenteil: Der Vorschlag wurde mit der Begründung „braucht's nicht“ abgelehnt. Geht' noch? Eine Stadt wie Ebern, deren Mittel begrenzt sind, die braucht das Engagement ihrer Bürger! Gesellschafts- und Kulturleben kann es hier nur geben, wenn wir Bürger dafür sorgen. Das kann kein Bürgermeister und kein Stadtrat von oben verordnen. Sie können aber dankbar sein dafür, das Engagement honorieren und nach Kräften fördern.

Wir SPD-Stadträte haben die Angelegenheit „Glühweinstand“ deshalb im Hauptauschuss zur Sprache gebracht. Dort sah es die Mehrheit ähnlich wie Brunhilde Giegold und ich: Wir begrüßen eine solche Initiative, und die Stadt stellt gern das Material für eine weitere Hütte. Denn ohne engagierte Bürger würde Ebern vieles fehlen!

**Die Roten wünschen
frohe Feiertage
und ein
gutes neues Jahr!**



SPD EBERN

Aus dem Inhalt:

Politik fürs flache Land, auf europäischer, Bundes- und Landesebene.

Seite 2

Bürger beteiligen – das bringt uns alle voran. **Seite 3**

Das Chicago des Dr. Ernst Schmidt, Namensgeber der Eberner Realschule. **Seite 4**

Europa fängt vor der Haustür an

Von Kerstin Westphal, Mitglied des Europäischen Parlaments

Über ein soziales und starkes Europa entscheiden wir Europaabgeordnete nicht alleine in Brüssel und Straßburg. Europa braucht eine starke Vertretung vor Ort, über die politischen Ebenen hinweg. Deshalb setze ich mich gemeinsam mit den Landtagsabgeordneten der SPD dafür ein, dass die Europe Direct Informationszentren wie das in Haßfurt nicht nur eine Förderung von der EU bekommen. Der Freistaat Bayern muss die Kommunen bei dieser wichtigen Aufgabe unterstützen.



Im Europäischen Parlament kämpfe ich für die Entwicklung der Regionen. Die Regional- und Strukturpolitik nach 2013 wird in den kommenden Monaten entschieden. Viele Projekte in Unterfranken wurden durch die Förderung aus Strukturfonds und Europäischem Sozialfonds (ESF) vorangebracht. Bei der Frage, welche Regionen in Zu-

kunft wie gefördert werden sollen, schlägt die EU-Kommission vor, dass weiterhin alle Regionen Europas EU-Fördermittel bekommen sollen. Das begrüße ich ausdrücklich, denn die Regionalförderung der EU dient nicht der Umverteilung, sondern ist dazu da, dass jede Region stark und sozial wird. Nur so schaffen wir ein soziales Europa. Die Kommission will die Förderung darüber hinaus als Bestrafungsinstrument für Mitgliedstaaten nutzen, die die Stabilitätskriterien verletzen.

Diesen Vorschlag lehne ich entschieden ab, weil er wirtschaftlicher Unsinn ist. Die EU muss gerade solchen Ländern unter die Arme greifen! Meine Kollegen im Parlament haben mich als Berichterstatterin für den Bereich demographischer Wandel in den Regionen bestimmt. Dieser ist großes Risiko und Chance zugleich. Einige Kommunen werden schrumpfen, andere Regionen extrem wachsen. Das wollen wir mit sozialdemokratischen Antworten gestalten.

Bessere Bildung statt mehr Bürokratie!

Von Susanne Kastner, Mitglied des Bundestags

Die Debatte um die Änderungen bei Hartz IV geht weiter, auch, wenn der Vermittlungsausschuss kurz vor Jahresschluss noch einen Kompromiss finden sollte. Die SPD fordert, die Regelsätze verfassungsgemäß zu berechnen, Mindestlöhne einzuführen und ein echtes Bildungspaket für Kinder aufzulegen. Das hat die schwarz-gelbe Koalition abgelehnt.

Der Maßstab der neuen Hartz-IV-Sätze war nicht das Existenzminimum, wie vom Verfassungsgericht verlangt, sondern



individuell fördern und Betreuung ausbauen. Künftig sollen bedürftige Kinder einen Zuschuss für ein warmes Mittagessen in der Schule bekommen. Das ist gut. Allerdings sind nur 20 Prozent der Kinder auf Schulen, in

das Ziel, möglichst wenig auszugeben. Wer die Bildungschancen verbessern will, muss für gute Angebote sorgen, Kinder

denen es überhaupt ein warmes Mittagessen gibt.

Hinzu kommt: Die Leistungen sollen über Gutscheine oder über Kostenübernahme-Erklärungen abgerechnet werden. Das bedeutet: Zahllose Einzelvereinbarungen mit Nachhilfelehrern, Sportvereinen und Musikschulen. Die Regierung rechnet mit 135 Millionen Euro Verwaltungskosten pro Jahr und zusätzlichem Personalbedarf von 1.300 Mitarbeitern. Der Bundesrechnungshof kommt zu dem Schluss: „Die zu erwar-

tenden Kosten des Verfahrens stehen in keinem angemessenen Verhältnis zum Wert dieser Leistungen.“

Die SPD fordert deshalb: Mehr Ganztagschulen schaffen, mehr Schulsozialarbeiter einstellen. Bildungspakete darf es nicht nur für Hartz-IV-Empfänger geben, sondern für alle Geringverdiener, um die Chancen der Kinder zu verbessern. Die Angebote müssen von den Kommunen organisiert werden, nicht von Jobcentern oder dem Bundesamt für Zivildienst.

Schnelle DSL-Anschlüsse auch auf dem Land

Von Sabine Dittmar, Mitglied des Landtags

Das Bayerische Breitbandförderprogramm muss verbessert werden, um endlich die weißen Breitband-Flecken im ländlichen Raum zum Verschwinden zu bringen.

Erst Ende November ging es im Landtag um Verbesserungen bei diesem Förderprogramm. Bislang hatte der zuständige Wirtschaftsminister Martin Zeil (FDP) diese SPD-Forderung stets abgelehnt, nun wird doch über Veränderungen des Programms im Kabinett diskutiert.



Das bis Ende 2010 befristete Förderprogramm wurde sang- und klanglos bis Ende 2011 verlängert. „Wegen seines großen Erfolges“, behauptete Minister Zeil bei der letzten Landtagsdebatte zu diesem Thema.

Das Gegenteil ist wahr: Verlängert wird, weil das Programm nicht funktioniert, zu wenig

Breitbandkabel verlegt wurden weil die Kommunen wegen der nicht passenden Förderbedingungen viel zu wenig Geld abrufen können.

Die SPD-Landtagsfraktion wird deshalb nicht von ihren Forderungen nach einer Novellierung des Breitbandförderprogramms abrücken: 1. Die maximale Fördersumme pro Kommune muss auf 500.000 Euro erhöht werden. 2. Weg vom Ausschreibungszwang, die billigste Lösung zu nehmen. Hin zu einer Vorschrift, die die beste Lösung für die

Kommune vor Ort ermöglicht. 3. Förderung der Leerrohrverlegung, wie dies jetzt in Einzelfällen durch Mittel aus dem Konjunkturpaket möglich war. 4. Übernahme des Breitbandausbaus in staatliche Verantwortung.

Breitband ist die Telefonie des 21. Jahrhunderts und muss damit Bestandteil der Daseinsvorsorge sein. Bei erwiesenem Marktversagen muss der Staat einspringen. Hierfür wird sich die SPD-Landtagsfraktion weiterhin einsetzen.

Bürger beteiligen lohnt sich

Von Stadträtin Brunhilde Giegold

„Wutbürger“ ist das neue Wort des Jahres. Erfunden wurde es im Zusammenhang mit den Protesten gegen den Stuttgarter Tiefbahnhof („Stuttgart 21“) und die geplante Schulreform in Hamburg. Da waren nicht die üblichen Verdächtigen am protestieren, sondern die Bürger, die vor einigen Jahren noch Ruhe als ihre erste Pflicht ansahen.

Aber angesichts dessen, dass über ihre Köpfe hinweg und an ihren Interessen vorbeigeplant wird, halten auch die braven Bürger nicht mehr still. Und schon ist die Rede davon, dass Bürger mehr beteiligt, mehr eingebunden werden müssten in Diskussionen und Planungen.

Dabei wäre das schon jetzt möglich. Doch ob und vor allem wie es geschieht, hängt von den Verantwortlichen ab. Da wäre in Ebern noch einiges zu verbessern, vor allem, weil hier oft der Eindruck entsteht, es würde mit zweierlei Maß gemessen.

Beispiel eins: Die Handballer haben es vorgeschlagen, Stadtrat Jürgen Hennemann hat das Anliegen als Vereinsbeauftragter aufgegriffen: Wenn jetzt die Dreifachsporthalle saniert wird, sollte dafür gesorgt werden, dass eine vernünftige Ausgabetheke im Foyer zur Verfügung steht, damit die Vereine bei Sportveranstaltungen auch Getränke und kleine Speisen verkaufen können. Dafür könnte man Thekenelemente aus der ehemaligen Mannschaftskantine der Bundeswehrkaserne verwenden.

Getan hat sich bislang nichts. Der Landkreis würde mitspielen. Er saniert die Halle, da es sich um eine Schulsporthalle handelt. Doch für die Belange der Eberner Vereine ist er nicht zuständig. Hier ist die Initiative der Stadt gefragt. Ist es denn so schwer, mit Vertretern der Vereine, die die Halle nutzen, darüber zu sprechen, was aus Vereinsicht



Die Stadt will das Pfarrzentrum zurückkaufen. Auf dem Gelände bis zum Kujathhaus soll auch noch eine Kinderkrippe entstehen. (Foto: Jürgen Hennemann)

erforderlich oder wünschenswert wäre, und wie man das kostengünstig bewerkstelligt? Beispiel zwei: Vor 30 Jahren hat die Stadt ihre ehemalige Grundschule sehr günstig an die katholische Kirchengemeinde verkauft und den Kaufpreis hinterher sogar noch als Sanierungszuschuss zurückgegeben. Nun, 30 Jahre später, möchte die Kirchengemeinde ein neues Pfarrzentrum in den Garten hinterm Pfarrhaus bauen. Das alte Pfarrzentrum soll die Stadt bitteschön zurückkaufen (teurer, als es verkauft wurde) und gleich noch eine Kinderkrippe dazu bauen.

Für den Kauf hat sich im Stadtrat eine Mehrheit gefunden. Nun geht es um die Planung für das gesamte Areal von Pfarrzentrum bis Kujathhaus. Denn auch letzteres müsste dringend saniert werden. Die Rede ist in-

zwischen von Abriss und Neubau eines Jugendtreffs und Betreuungsgebäudes für die Grundschüler. Doch weder mit dem Leiter des Jugendtreffs und der Mittagsbetreuung noch mit der Arbeiterwohlfahrt als Träger der Einrichtung wurde bislang gesprochen. Sie haben lediglich auf Anfrage erfahren, dass da etwas geplant sei und man sie noch einbeziehen würde. Um die fertigen Pläne abzunicken?

Bei den genannten Beispielen geht es nicht einmal um große Anhörungsverfahren, wie sie bei Planfeststellungsverfahren vorgeschrieben sind. Es geht nur darum, die unmittelbar Betroffenen einzubeziehen, damit deren praktische Erfahrungen einfließen. Das fördert das gegenseitige Vertrauen und spart am Ende auch noch richtig Geld.

Unterm Strich

Der Klimawandel und die alten Geschichten der Zukunft

Von diesem Winter werden vermutlich die Kinder von heute ihren Enkeln noch berichten: Als der Schnee so hoch lag, dass die Straßen schneebedeckt blieben, in einigen Landkreisen die Schule ausfiel und die Schneeschieber ausverkauft waren.

Vielleicht werden sie auch erzählen, dass es früher am Marktplatz ein Geschäft gab, wo man alles für Haushalt, Hof und Garten kaufen konnte, von der Kaffeetasse bis eben zur Schneeschaufel.

Und die Enkel von morgen werden sagen: „Echt? Hast Du davon noch ein Video?“, und die Kinder von heute (die Großeltern

der Zukunft) werden sagen: „Ja, ich hatte mal eins, aber das lässt sich mit den Geräten von heute gar nicht mehr abspielen.“ Dann werden die Omas und Opas erzählen, dass es große Fahrzeuge gab mit einem Schild vor der Motorhaube, mit dem sie den Schnee auf die Seite schieben konnten. Und dass die Männer vom Bauhof damit Tag und Nacht unterwegs waren, um die wichtigsten Straßen freizuräumen, damit auch die übrigen Autofahrer sicher an ihr Ziel gelangten. Ganz schlimm wurde es, wenn Tauwetter und Frost schnell wechselten, dann kam der Winterdienst

nicht mehr nach. Nur die Kinder freuten sich über den Schnee und gingen rodeln oder Ski fahren. Aber wie sollen die Großeltern von übermorgen erklären, was Rodeln ist? „Weißt Du was“, sagt dann der Opa zum Enkel: „Auf dem Dachboden habe ich noch eine alte Playstation. Damit ist können wir Skirennen spielen.“ Das wäre dann ungefähr so, wie wenn ein Opa von heute mit dem Enkel auf den Dachboden geht, um die alte Modelleisenbahn noch mal auszukramen. Und der Enkel sagt: „Super, Opa, aber gibt's das auch als App für mein I-Phone?“

kurz & knapp

Das ehemalige Unteroffiziersheim, kurz Uffzheim, in der Bundeswehrkaserne hat einen neuen Eigentümer: Die Arbeiterwohlfahrt Ebern hat es gekauft und beliefert von dort aus die Mensa am Friedrich-Rückert-Gymnasium. Auch der Saal wird genutzt: Am Samstag, 22. Januar, spielt dort die Gruppe „Shake it naked“, einer der Abräumer bei der Eberner Musiknacht 2010. Damals waren sie im Stastny-Gebäude neben dem Rathaus zu erleben. Veranstalter des Konzerts ist der Sport- und Kulturverein.

*

Seit 2010 gehört auch die Bahnstrecke nach Ebern zum Gebiet des Verkehrsverbunds Großraum Nürnberg (VGN). Das bedeutet: Neben den normalen Bahnkarten gelten auf dieser Strecke auch die Tickets des VGN. Da gibt es durchaus attraktive Angebote: So kann eine Gruppe mit bis zu sechs Personen (maximal zwei Erwachsene) den ganzen Tag im VGN-Netz fahren. Ab 1. Januar 2010 kostet diese Tageskarte 15,60 Euro. Sie gilt nicht nur für Menschen, sondern auch für Hunde und Fahrräder, so lange es nicht mehr als sechs sind. zum Beispiel zwei Erwachsene mit zwei Fahrrädern und Hund. Mehr Informationen im Internet unter www.vgn.de.

Gesucht: Kontakt zur SPD!

Ja, ich will mehr über den SPD-Ortsverein Ebern wissen. Ich möchte

- Informationsmaterial
- eine Einladung zur nächsten Versammlung
- mitmachen

Bitte auf eine Postkarte kleben und an Brunhilde Giegold, Alte Bundesstraße 8, 96106 Ebern-Fischbach schicken!

Besuch des Europaparlaments in Straßburg



PHOTO © European Union

Die Fahrten der SPD erfreuen sich großer Beliebtheit. Mehrmals ging es schon nach Berlin. In diesem Jahr ist eine der Städte des Europäischen Parlaments an der Reihe: Von 2. bis 5. Juni fährt die SPD Ebern nach Straßburg im Elsass.

Dort wird die Gruppe die Parlamentsgebäude besichtigen (Foto) und über die Arbeit informieren. Daneben bleibt genug Zeit, die Stadt Straßburg und das Elsass ein wenig näher kennenzulernen. Zum Programm der Fahrt wird eine Stadtbesichtigung genauso gehören wie eine Tour durchs elsässische Weinbaugebiet.

Der genaue Fahrtablauf wird noch zusammengestellt. Interessenten können sich bei den Vorstandsmitgliedern und Stadträten der SPD vormerken lassen oder eine E-Mail an info@spd-eborn.de senden, Betreff „Fahrt nach Straßburg“.

Daneben plant die SPD Ebern in diesem Jahr zwei Tagesausflüge. Am Samstag, 9. April, geht es nach Gotha. Die Stadt nördlich des Thüringer Waldes war nicht nur die Residenzstadt der Herzöge von Sachsen-Coburg und Gotha, sondern auch die Wiege der SPD: Hier trafen sich 1875 „Lassalleaner“ und die „Eisenacher“, um eine gemeinsame Partei zu gründen. Das „Tivoli“, damals ein Gasthaus, steht heute noch. Erhalten geblieben sind aber auch etliche der Kunstschätze, die die Herzöge gesammelt haben. Einige Stücke stehen denen im „Grünen Gewölbe“ in Dresden nicht nach. Ebenfalls nach Thüringen führt eine weitere Fahrt am Samstag, 24. September. In Schleusingen steht ein Treffen mit dem dortigen SPD-Ortsverein und der früheren Staatssekretärin Iris Glicke auf dem Plan.

Veranstaltung in Text, Bild und Musik über die Zeit von Dr. Ernst Schmidt

„Ein fränkischer Arbeiter – angeklagt der Anarchie“

Die Eberner Realschule ist nach Dr. Ernst Schmidt benannt, dem aus Ebern stammenden „rothen Doktor von Chicago“. Schmidt übersiedelte in die USA und war in Chicago eine bekannte Persönlichkeit. Am Mittwoch, 19. Januar, 19.30 Uhr, ist in der Realschule mehr zu erfahren.

Im Mittelpunkt steht das Leben von Michael Schwab, Sohn eines Glasermeisters aus Kitzingen, der 1879 nach Amerika auswanderte und dort zum Kämpfer für Arbeitnehmerrechte und schließlich zum Justizopfer wurde. Anhand seiner Lebensgeschichte werden die sozialen Konflikte und die Auseinandersetzungen zu besseren Arbeitsbedingungen aufgezeigt.

Am 1. Mai 1886 wollten die Arbeiter von Chicago mit machtvollen Arbeitsniederlegungen den 8-Stunden-Tag erkämpfen. Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen mit Fabrikherren, Polizisten und Streikbrechern. Die Polizei verhaftete acht „Rädelsführer“, unter ihnen Michael Schwab. Einige Angeklagte starben durch den Strang, Michael Schwab wurde zu lebenslanger Zwangsarbeit begnadigt und 1893 als Justizopfer unschuldig entlassen. Dr. Ernst Schmidt, der von Ebern ebenfalls nach Chicago auswanderte, hielt

eine Verteidigungsrede und setzte sich für die Freilassung ein. Erstmals bildete sich eine weltumspannende Solidaritätsbewegung. Der 1. Mai als Tag der Arbeit – außer in den USA – weltweit als Feiertag begangen, geht auf die Ereignisse in Chicago zurück.

Die Veranstaltung der Schweinfurter Kulturwerkstatt Disharmonie wird gestaltet von Werner Enke (Text, Vortrag, Visualisierung), Johann Mangold (Akkordeon, Geige), Peter Schüllermann (Gesang, Vortrag) und Jürgen Dahlke (Banjo, Mandoline).

Impressum:

Herausgeber: SPD-Ortsverein Ebern, Vorstand. Verantwortlich: Brunhilde Giegold. Redaktionsanschrift: Nikolaus-Fey-Str. 13, 96106 Ebern

Druck: DCT Grafische Betriebe, Coburg. Der Rote Eber erscheint ein bis vier mal jährlich und nach Bedarf. Die Redaktion freut sich über jede Leserschrift.

Internet: www.spd-eborn.de und www.eborn-diskutiert.de